



# Globale Verantwortung und Solidarität stärken

## Kernforderungen des DEAB-Positionspapiers zur Landtagswahl 2021

### 1. Bürgerschaftliches Engagement für globale Gerechtigkeit und Solidarität fördern, bestehende Strukturen sichern

Die Förderlinie „bwirkt!“ bei der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg und das Eine-Welt-Promotor\*innen-Programm werden ausgebaut. Der DEAB als Landesnetzwerk der zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen im Bereich Globale Verantwortung soll strukturell gefördert werden. Die Landesregierung stellt künftig Lotteriemittel zur Förderung von zivilgesellschaftlichen Aktivitäten für globale Verantwortung und nachhaltige Entwicklung zur Verfügung.

### 2. Teilhabe von migrantischen und diasporischen Organisationen und Akteur\*innen fördern

Das Interkulturelle Promotor\*innen-Programm im Land soll finanziell abgesichert werden. Die Landesregierung stärkt die Einbeziehung migrantischer Expertise, fördert die rassismuskritische Sensibilisierung im entwicklungspolitischen Bereich und baut Zugangshürden zu Förderungen für migrantische und diasporische Akteur\*innen ab.

### 3. Globales Lernen/Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) stärken und strukturell verankern

Das Land schafft Kapazitäten für eine erfolgreiche Implementierung der BNE-Gesamtstrategie und fördert Kooperationen mit der Zivilgesellschaft. BNE soll in der Aus- und Fortbildung pädagogischer Fachkräfte der formalen Bildungsbereiche (früh-kindliche Bildung, Schule, Hochschule) strukturell verankert werden. Außerschulische Lernorte werden gestärkt und finanziell gefördert.

### 4. Globale Verantwortung an Hochschulen stärken

Die SDGs müssen in Wissenschaft und Lehre integriert werden. Die Kolonialgeschichte Baden-Württembergs und ihre Folgen werden konsequent aufgearbeitet. Für Studierende und Mitarbeitende werden Trainings zu postkolonialen Kontinuitäten angeboten. Das Land schafft Studiengebühren für Studierende aus dem Globalen Süden ab und fördert die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Zivilgesellschaft.

## **5. Gerechtes Wirtschaften in den planetaren Grenzen**

Das eigene wirtschaftliche Handeln der Landesregierung, einschließlich der Beschaffung, wird konsequent am Schutz der Menschenrechte und der Umwelt ausgerichtet. Im Rahmen von „Afrika im Blick“ wird die Zusammenarbeit mit gerechten Handelsbeziehungen und nachhaltigem Wirtschaften verknüpft. Die Landesregierung unterstützt verbindliche Regeln zum Schutz der Menschenrechte und der Umwelt in den globalen Wirtschaftsbeziehungen und stimmt internationalen Handelsverträgen nur zu, wenn sie die Entwicklung, demokratische Rechte, Sozial- und Umweltstandards nicht gefährden.

## **6. Internationale Vernetzung und Kooperationen fördern**

Die Landesregierung bringt in internationalen Beziehungen und auf Delegationsreisen die Agenda 2030 aktiv ein. Partnerschaften mit Akteur\*innen und Schulen im Globalen Süden werden ausgeweitet. Das Land stellt personelle und finanzielle Ressourcen für Partnerschaften bereit. Die Landespartnerschaft mit Burundi soll ausgebaut werden.

## **7. Schutzsuchende willkommen heißen, die Migrationsgesellschaft gestalten**

Baden-Württemberg beschließt ein Landesaufnahmeprogramm für Schutzsuchende aus den griechischen und libyschen Lagern und setzt sich für die Schaffung von legalen und sicheren Einreisewegen nach Europa ein. Geflüchteten wird ein besserer Zugang zu Gesundheitsversorgung, Bildung und Arbeit ermöglicht. Die Einzelfallprüfung der Anträge von Asylsuchenden wird gewährleistet.

## **8. Friedensbildung fördern, Rüstungskonversion vorantreiben**

Die Servicestelle Friedensbildung wird im Haushalt verankert, die Kooperationsvereinbarung des Kultusministeriums mit der Bundeswehr wird aufgehoben. Friedensbildung und zivile, gewaltfreie Konfliktbearbeitung werden an Hochschulen etabliert. Die Rüstungskonversion im Land wird vorangetrieben und Abrüstungsmaßnahmen auf Bundesebene eingefordert.

## **9. Klimagerechtigkeit schaffen**

Die Erreichung der Pariser Klimaziele muss für die Landesregierung höchste Priorität haben. Klimagerechtigkeit soll als ressortübergreifende Querschnittsaufgabe im baden-württembergischen Klimaschutzgesetz verankert werden. Die Bewusstseinsbildung für Klimagerechtigkeit wird gestärkt und durch Klimapartnerschaften flankiert. Die Landesregierung wirkt darauf hin, dass Futtermittel- und Bioenergieimporte deutlich reduziert werden und die offensive Exportorientierung der europäischen und deutschen Agrarpolitik bei der Fleisch- und Milchproduktion beendet wird.